

Potsdam, 22. Juni 2022

TOP 5. Koalitionsversprechen einhalten - Neuregelung des Einschulungstichtags umsetzen
Antrag der AfD-Fraktion

Rede der Bildungspolitischen Sprecherin Kathrin Dannenberg

Anrede,

Die AfD greift in ihrem Antrag die Veränderung der Stichtagsregelung für die Einschulung unserer Kinder auf.

Die Gründe dafür sind seit langem weitreichend bekannt:

Eltern wägen den Prozess der sogenannten Rückstellung intensiv ab.

Ihre Abwägung ist verbunden mit Ängsten und der Sorge, dass ihr Kind zu früh eingeschult und alters- und entwicklungsbedingt noch gar nicht einem konzentrierten Lernen über 45 min gewachsen ist.

Sie verfolgen sehr wohl wissenschaftliche Erkenntnisse zu den möglichen Langzeitfolgen einer zu frühen Einschulung- z.B., dass etwa jedes 7. Kind, welches vorzeitig eingeschult wird,

noch während der Grundschule eine Klasse wiederholen muss,

zum Teil schlechtere Zensuren bekommt als die Älteren, seltener eine Empfehlung fürs Gymnasium erhalten

Sie schauen sich genau die Bedingungen in der Grundschule an. Sind die Klassen zu groß- ist es doch logisch, dass die Bedenken, ihr Kind würde untergehen, bestehen.

Fakt ist: die Bedingungen an den Grundschulen sind nicht immer so, um den Bedürfnissen von Kindern zu entsprechen.

Zu große Klassen,

zu wenige flexible Schuleingangsphasen,

spätestens ab Klasse 3 Noten und die

Fokussierung verbunden mit Leistungsdruck auf den Wechsel zu weiterführenden Schulen,

und zum Teil mangelhafter Kooperationswille im System Schule zur Gestaltung gelingender Übergänge von Kita zur Schule

Ein Beleg dafür, dass langes gemeinsames Lernen die Zukunft sein muss, allein schon deshalb, weil jedes Kind sich unterschiedlich entwickelt, in seinem eigenen Rhythmus lernt und seine Zeit braucht. Manche glauben jedoch noch immer- entgegen wissenschaftlicher

Erkenntnisse- dass Kinder alle zum gleichen Zeitpunkt ein bestimmtes Lernniveau erreichen müssen. Und danach werden sie dann eingestuft. Vollkommen unpädagogisch, am Kind vorbei! Daher schafft es auch dieses Bildungssystem oft den Lernhunger vieler Kinder spätestens ab der 3. Klasse einfach mal gegen Null zu fahren.

Solange wir genau hier nicht eingreifen, wird der Wunsch der Eltern bestehen bleiben.

Nachvollziehbar.

Dies ist an den Rückstellungsanträgen erkennbar. Stetig steigend, sicher auch durch die Erleichterung des Antragsverfahrens. Aber oft ist es auch so, dass viele Eltern sich nicht zutrauen im Gespräch mit dem Schulleiter durchzusetzen oder gar nicht erst den Antrag stellen.

Und nun zur Landesregierung:

Den Antrag zur Vorverlegung des Stichtages hat meine Fraktion schon im September 2020 gestellt. Der Antrag ist abgelehnt worden.

Sie haben nicht die Zeit genutzt, um:

Eine verbindliche und öffentlich kommunizierte Zeitplanung auf den Weg zu bringen,

Grundsätzlich zu klären, welche Auswirkungen ein veränderter Stichtag auf das Kitasystem und auf die Schulen haben wird- denn das wird regional sehr unterschiedlich sein,

Möglichkeiten eines Stufenverfahrens abzuwägen,

Die Kosten zu klären,

Sich mit den kommunalen Spitzenverbänden und der LIGA ins Benehmen zu setzen!

Hinzu kommt noch, dass der LKJA sich genau mit diesem Thema beschäftigte und am 14.6. 2021 ein Diskussions- und Fragenpapier an das MBSJ gesendet hat. Leider bekam der Ausschuss nur eine oberflächliche Antwort durch die Ministerin.

Man könne jetzt noch keine Aussagen aufgrund der nicht abgeschlossenen Haushaltsberatungen tätigen,

Wenn eine Entscheidung getroffen werde, würden die Träger informiert und einbezogen.

Aufgestellte Fragen würden im weiteren Abstimmungsprozess geklärt werden.

Nichts liegt vor.

Das ist, um es milde auszudrücken, ein klares Versagen des Ministeriums. Sie mussten doch damit rechnen, dass Sie Erwartungen wecken, wenn Sie den Stichtag in den Koalitionsvertrag schreiben! Wer Versprechen macht, und das haben Sie getan, muss zumindest einen Weg aufweisen und nicht ewig abwarten.

Mit diesem Verhalten treiben Sie die Bürger*innen direkt in die Arme der AfD.

Meine Fraktion wird diesen Antrag ablehnen: aus mehreren Gründen.

Liegt keine ausreichende Datenlage vor!

Ich habe wenig Lust auf einen Blindflug.

Ein konkreter Vorschlag der Koa oder der LR zur Umsetzung dessen liegt nicht vor!

Sowohl die Planung der Veränderung des Einschulungstichtages als auch die Gestaltung des Überganges von Kita zur Schule bedürfen dringend eines Konzeptes und einen Umsetzungsplan!

Bereits Ende des letzten Jahres hat z.B. der LKJA das MJBS dringend aufgefordert, den inzwischen längst überholten „Gemeinsamen Orientierungsrahmen für Bildung in der Kindertagesbetreuung und Grundschule“ fortzuschreiben- unter Einbeziehung der Ergebnisse des Beteiligungsprozesses der Kitarechtsreform sowie unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung der Grundsätze elementarer Bildung Kindertagesbetreuung sowie unter Einbeziehung der Ganztagsgesetzgebung. Auch hier gab es kein konkretes Feedback!

Wiederum sind es vor allem die Kinder und die Eltern, die im Regen stehengelassen werden. Das wird dann die Landesregierung und die Koalition verantworten müssen.